

Agenda-Büro



Arbeitsmaterialie 17:

Weiterentwicklung der Lokalen Agenda 21 - Beispiel Aalen und "Nachhaltige Bürgerkommune"



Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210 752, 76157 Karlsruhe - Telefon: 0721/983-1406 - Fax: 0721/983-1414

E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de Internet: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Vorwort

Für Kommunen, die sich schon einige Zeit im lokalen Agenda-Prozess befinden, stellt sich die Frage der Perspektive und Weiterführung. Im Folgenden sollen hier zu einige Anregungen gegeben werden.

Einleitend schildert der von IFOK und Agenda-Büro **Aalen** erstellte “Bericht – Agenda-Prozess Aalen, Auswertung des Agenda-Prozesses” ausführlich die bisherige Arbeit, die besonders von den Projektgruppen getragen wurde. Abschließend wird eine **neue Struktur** zur Weiterführung des Agenda-Prozesses vorgeschlagen, mit der die für den Agenda-Prozess so wichtige Kooperation von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgern gewährleistet wird. An die Stelle der bisherigen “Agenda-Tische” (Arbeitskreise) und des Koordinationskreises – die es in dieser Form auch in den meisten anderen Kommunen zur Lokalen Agenda gibt – tritt das “Agenda-Parlament”, das drei mal im Jahr tagen soll und inzwischen erfolgreich seine Arbeit aufgenommen hat (siehe Pressebericht).

Auch wenn der Agenda-Prozess in Aalen etwas anders strukturiert ist als in anderen Städten, kann für diese besonders die damit erreichte Koordinierung und Weiterführung der Agenda-Projekte und Projektgruppen als Beispiel dienen, da diese inzwischen fast überall zur prägenden Kraft der Lokalen Agenda geworden sind. Um eventuelle Ängste bei Gemeinderäten erst gar nicht aufkommen zu lassen, könnte anderswo auch statt “Agenda-Parlament” der Namen “Agenda-Plenum” oder “Agenda-Forum” gewählt werden.

Im Anschluß an das Beispiel Aalen will der Artikel “**Von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigen Bürgerkommune**” zeigen, wie der Lokale Agenda Prozess mit anderen Prozessen wie beispielsweise dem Öko-Audit verknüpft und durch weitere Schritte in dauerhafte Strukturen einer “Nachhaltigen Bürgerkommune” überführt werden kann. Der Artikel erscheint auch in etwas leicht geänderter Fassung in den “IAW-Mitteilungen” des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, das für das Land Baden-Württemberg ein Modellprojekt “Nachhaltige Entwicklung und kommunale Verwaltungsreform” in der Stadt Horb durchführte.

Inhalt:

Agenda-Büro der Stadt Aalen / IFOK:

Bericht – Agenda-Prozess Aalen, Auswertung des Agenda-Prozesses.....Seite.....4

Schwäbische Post 21.11.2000: Bericht zur Sitzung des Agenda-Parlaments.....Seite.....21

Gerd Oelsner: Von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigen Bürgerkommune.....Seite.....22

Impressum:

Herausgeber: Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg, Griesbachstr.1, 76185 Karlsruhe

Redaktion: Gerd Oelsner (Verantwortlich)

BERICHT

Agenda-Prozess Aalen

Auswertung des Agenda-Prozesses

Juli 2000

Inhalt	Seite
Zusammenfassung	1
Der Auftrag	2
Konzept und Durchführung	2
Ergebnisse	5
Fortführung des Prozesses	7
Der Agenda-Prozess Aalen im Vergleich zu anderen Städten	8
Empfehlungen	9
Fazit	11

Zusammenfassung

Die Stadt Aalen ist eine von etwa 200 Kommunen in Baden-Württemberg (Stand 1.3.2000), die einen Lokalen Agenda 21-Prozess durchführen. IFOK wurde im Frühjahr 1998 von der Stadt beauftragt, den Aalener Agenda-Prozess in seiner Startphase zu begleiten. Für das erste Jahr entwickelte IFOK in Abstimmung mit der Stadt ein Konzept für die Durchführung.

Da bereits ein Stadtleitbild vorhanden war, wurde der Schwerpunkt des Prozesses auf die Initiierung von Projekten gelegt. Insgesamt umfasste der Prozess elf von IFOK moderierte Veranstaltungen und eine Moderationsschulung. Bei der Präsentations-Veranstaltung am 25. Juni 2000, dem Agenda-Fest, wurde eine Zwischenbilanz gezogen: Es konnten neue Kommunikationswege zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung aufgebaut, von Projektgruppen (derzeit arbeiten 17 Projektgruppen) Agenda-Projekte angestoßen und eine Organisationsstruktur für den weiteren Prozess entwickelt werden.

Landesweit wird der Aalener Agenda-Prozess vom Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz wegen seiner schnellen Umsetzung von Projekten und der gelungenen Einbeziehung der Jugendlichen positiv hervorgehoben.

Der Auftrag

Bereits 1992 hatte die Stadt Aalen beschlossen, eine Stadtkonzeption für die zukünftige Entwicklung der Kommune zu erarbeiten. Ein nachhaltiger Ansatz ist hier bereits erkennbar, da im Mittelpunkt der Konzeption ein ganzheitliches Denken stehen sollte. Bereits 1994 konnte das unter Beteiligung von regionalen Akteuren und Bürgern erstellte Leitbild vom Gemeinderat beschlossen werden. Im darauf folgenden Jahr lag die Stadtkonzeption mit Maßnahmenvorschlägen vor. Die Stadtkonzeption wurde von der Stadt ausdrücklich nicht als abgeschlossen betrachtet sondern als „fortlaufender Prozess zur ständigen Weiterentwicklung“. Die vorhandene Konzeption sollte daher durch einen Agenda-Prozess im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung ergänzt und erweitert werden.

Am 12. Februar 1998 beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung, ein Forum zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Aalen einzuberufen, in dem Mitglieder aus Verwaltung, Politik, allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Aalener Bürgerinnen und Bürger vertreten sind. Mit diesem Auftrag kamen die Vorbereitungen für den Agenda-Prozess ins Rollen. Im April 1998 fanden die ersten Gespräche zwischen der Stadt Aalen und IFOK bezüglich der Durchführung eines Agenda-Prozesses statt. Der Schwerpunkt des Prozesses sollte dabei auf der Stadtkonzeption aufbauend auf der Initiierung nachhaltiger Projekte liegen. Dabei wurde angestrebt, dass die beteiligten Akteure auch die Umsetzung der Projekte begleiten und mit durchführen.

Konzept und Durchführung

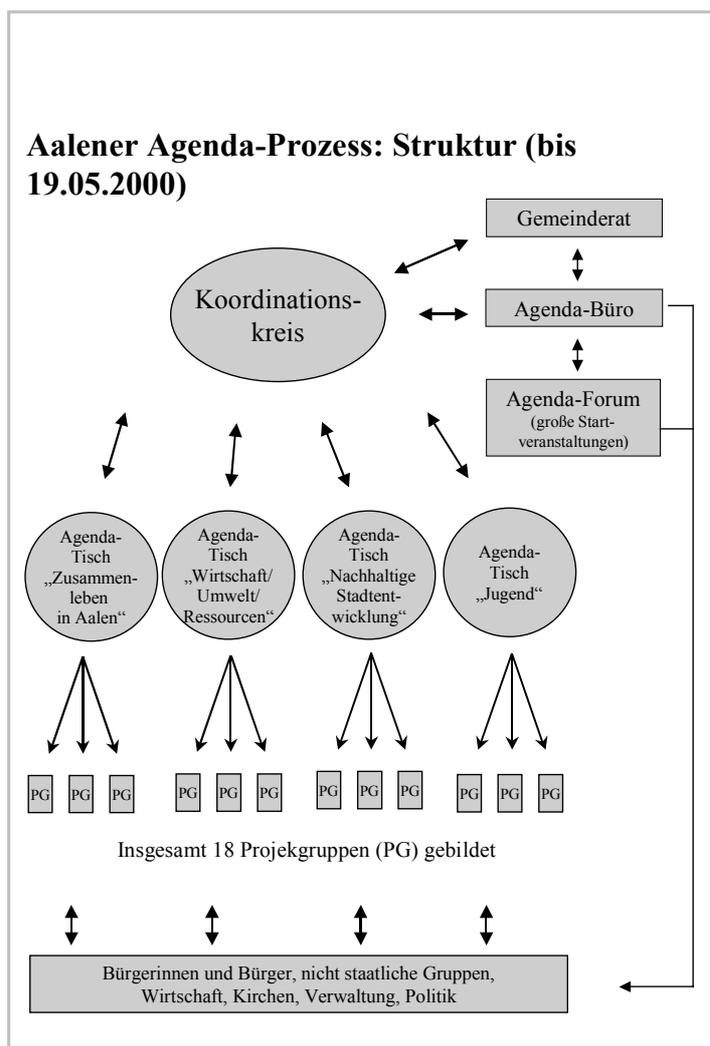
Das Konzept des Agenda-Prozesses sah folgende Inhalte vor:

1. Als Starthilfe für den Prozess eine von IFOK in Abstimmung mit der Stadt geplante und strukturierte Herangehensweise in Form einer vorgegebenen Veranstaltungsabfolge und Einrichtung verschiedener Gremien
2. In den ersten Veranstaltungen gemeinsame Themenfindung mit den Teilnehmer/innen und Bildung von arbeitsfähigen Projektgruppen
3. Vernetzung und Unterstützung der Projektgruppen durch IFOK und das Agenda-Büro
4. Erweiterung der Methodenkompetenz von Teilnehmer/innen durch eine Moderationsschulung
5. Gemeinsame Vereinbarungen von Bürger/innen, Verwaltung und Politik bezüglich der Zusammenarbeit innerhalb des Prozesses
6. Zunehmende Einbeziehung der Teilnehmer/innen in die inhaltliche und methodische Planung der Agenda-Veranstaltungen
7. Sukzessive Übergabe der Verantwortung für den Agenda-Prozess von IFOK an die Teilnehmer/innen durch Bildung von Planungsgruppen für den weiteren Prozess
8. Präsentation der Ergebnisse durch die Teilnehmer/innen und die Stadt.

Um den Agenda-Prozess zu strukturieren, wurden verschiedene Gremien geschaffen (siehe Abbildung 1): Die breite Bürgerbeteiligung fand zunächst mit einer öffentlichen Auftaktveranstaltung, dem 1. **Agenda-Forum** am 10. Juli 1998 im WiZ statt. Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer trugen

Themenvorschläge zusammen, die anschließend von IFOK strukturiert wurden. Beim 2. Agenda-Forum am 13. November 1998, dem die Information des Gemeinderates über die Ergebnisse des 1. Forums voranging, schlug IFOK den Teilnehmer/innen auf den ersten Ergebnissen aufbauend die Einrichtung von drei thematischen Agenda-Tischen vor: den **Agenda-Tisch (AT) „Attraktives Aalen“**, der vor allem die planerischen und gestalterischen Vorschläge umfasste, den **AT „Wirtschaft, Umwelt und Ressourcen“** und den **AT „Zusammenleben in Aalen“**, in dem sich die Themen mit sozialen Aspekten wiederfanden. Während der Veranstaltung plädierten die Teilnehmer für ein eigenes Forum für die Jugend, so dass ein vierter **AT „Jugend“** eingerichtet wurde. Der AT „Attraktives Aalen“ wurde in AT „Nachhaltige Stadtentwicklung“ umbenannt.

Abbildung 1: Struktur des Prozesses



An den **Agenda-Tischen** konnten sich zu den jeweiligen Themenfeldern **Projektgruppen** bilden. Während die Projektgruppen ihre Arbeit eigenständig - bzw. vom Agenda-Büro unterstützt - organisierten, kamen an sechs **Agenda-Tagen** die Agenda-Tische mit ihren Projektgruppen zusammen, um sich zu vernetzen, Informationen auszutauschen und das gemeinsame Vorgehen sowie notwendige Rahmenbedingungen zu besprechen und zu vereinbaren (siehe Abbildung 2).

Um neue Bürger an den Agenda-Tagen in den laufenden Prozess zu integrieren, haben IFOK und das Agenda-Büro vor Beginn jeden Agenda-Tages eine Information **„Agenda für Einsteiger“** angeboten. Gerade bei den ersten Agenda-Tagen wurde diese gut aufgenommen und konnte als Orientierung für die neuen Interessenten dienen.

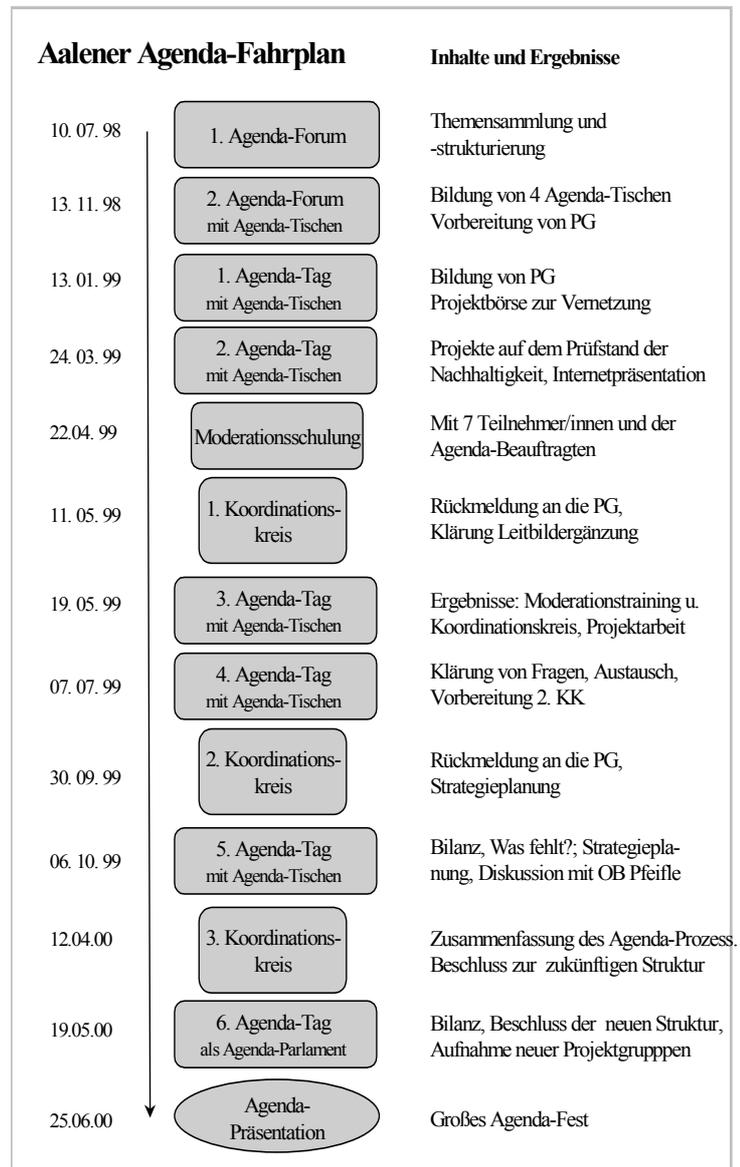
Je zwei Vertreter/innen aus den Agenda-Tischen wurden zur Teilnahme im **Koordinationskreis** bestimmt, an dem sich Politik, Verwaltung und Bürger vernetzen konnten. Auf Wunsch der Projektgruppen konnten an der zweiten und dritten Sitzung des Koordinationskreis jeweils ein oder zwei Vertreter/innen der Gruppen teilnehmen. Der Koordinationskreis traf sich nach ein bis zwei Agenda-Tagen und gab den Projektgruppen Rückmeldungen auf ihre Arbeit und ihre Anfragen und öffnete durch seine Zustimmung den Weg für Anträge in den Gemeinderat.

Abbildung 2: Durchführung des Prozesses

Zwei zusätzliche **Planungsgruppen** entstanden beim 5. Agenda-Tag im Oktober 1999: Zur Planung der Fortführung des Agenda-Prozesses nach der Beendigung der IFOK-Begleitung bildete sich eine Strategiegruppe und zur Planung des Agenda-Festes eine Vorbereitungsgruppe. Beim Agenda-Fest am 25. Juni 2000 wurde eine Zwischenbilanz des Agenda-Prozesses gezogen und es erfolgte die vollständige Übergabe der Prozessbegleitung von IFOK an die lokalen Akteure.

Unterstützung des Prozesses

Zur Unterstützung des Prozesses und der Beteiligten richtete die Stadt nach dem ersten Agenda-Forum eine ABM-Stelle für eine **Agenda-Beauftragte** im Grünflächen- und Umweltamt ein. Die Agenda-Beauftragte wurde von IFOK in der methodischen und inhaltlichen Arbeit beraten. Der Agenda-Tisch „Jugend“ erhielt ab Oktober 1999 zusätzliche Unterstützung durch eine von der Stadt finanzierte Honorarstelle.



„Hilfe zur Selbsthilfe“ ist ein wichtiger Aspekt im Agenda-Prozess. Aus diesem Grund enthielt der Aalener Prozess als weiteren Baustein die **Moderationsschulung**. Zwischen dem zweiten und dritten Agenda-Tag schulte IFOK sieben Bürgermoderator/innen und die Agenda-Beauftragte in Moderationsmethoden. Vier Bürgermoderator/innen und die Agenda-Beauftragte übernahmen anschließend, von IFOK unterstützt, Moderationsaufgaben im weiteren Prozess. Eine zweite „Hilfe zur Selbsthilfe“ waren die von IFOK und dem Agenda-Büro erstellten Arbeitshilfen für die Projektgruppen zur Organisation ihrer Arbeit.

Zusammenarbeit von Bürgern, Verwaltung und Politik

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit von Bürgern, Verwaltung und Politik wurden zwei Schnittstellen im Prozess geschaffen. Eine Schnittstelle stellte der Koordinationskreis dar, in dem die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter den notwendigen Informationsaustausch gewährleisteten und den Prozess und die Arbeit der Projektgruppen besprachen.

Ein zweites wichtiges Moment für die Regelung der Zusammenarbeit war die gemeinsame Übereinkunft der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 4. Agenda-Tages im Juli 1999. Hier wurde vereinbart, dass die Anfragen der Projektgruppen an die Verwaltung über das Agenda-Büro laufen sollten, das die Anliegen an die entsprechenden Ämter weiterleitet und den Projektgruppen Rückmeldungen gibt. Mit dieser Regelung konnte ein effektives und von allen getragenes Vorgehen gefunden werden.

Ergebnisse

Die wichtigsten Ergebnisse des bisherigen Prozesses waren die Initiierung von Projekten und die Festlegung von „Spielregeln“ für die Zusammenarbeit von Bürgern, Verwaltung und Politik und die gemeinsame Planung des weiteren Prozesses. Die ersten Projektergebnisse förderten die Motivation der Teilnehmer/innen und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

Initiierung von Projekten

In Aalen sind alle Projekte auf Initiative der engagierten Einwohnerinnen und Einwohner und ohne eine Beeinflussung oder Wertung durch Politik oder Verwaltung entstanden. Die Projektgruppen (siehe Tabelle 1) mit rund einhundertfünfzig aktiven Teilnehmer/innen konnten zahlreiche Projekte auf den Weg bringen. Für sieben Projekte wurden 1999 Förderanträge beim Land eingereicht, die jedoch nicht positiv beschieden wurden. Eine neue Chance ergibt sich in diesem Jahr, da das Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg einen Betrag von einer Million DM für konkrete Projekte der Lokalen Agenda in Baden-Württemberg bereitstellt. Es wurden drei Anträge auf Förderung gestellt.

Bei dem Wettbewerb des Bundes Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU) zur Lokalen Agenda 21 „Zukunft mitgestalten“ bewarben sich zwei Projektgruppen, die nicht prämiert wurden.

Die Stadt Aalen wurde bei der Deutschen Umwelthilfe als Modellkommune beim Projekt „Zukunftsfähige Kommune – Wettbewerb und Kampagne zur Unterstützung der lokalen Agenda 21“ nicht ausgewählt.

Es ist schwierig, die genaue Anzahl der Projekte zu bestimmen, da einige Projektgruppen verschiedene Teilprojekte bearbeiten. Auch die unterschiedliche Arbeitsweise der einzelnen Gruppen lässt es schwer zu, den Stand der jeweiligen Projekte festzumachen. Die meisten Projekte der Gruppen befinden sich derzeit im Fluss, so dass die Tabelle nur eine kleine Auswahl an Aktivitäten geben kann.

Tabelle 1: Projektgruppen und Stand der Umsetzung (Auswahl) (Die Gruppen sind alphabetisch aufgelistet, da die Einteilung in Agenda-Tische seit dem 19.05.2000 aufgehoben wurde)

Projektgruppe	In der Konzeptionsphase	In der Umsetzungsphase	Bereits erreicht oder umgesetzt
1. Jugendzeitung „NewsAttack“	Soll wenn möglich ab der dritten Ausgabe dreimal jährlich erscheinen.	3. Ausgabe (Erscheinungstermin November 2000)	Information Jugendlicher in Aalen 1. Ausgabe 17.12.1999 2. Ausgabe 28.04.2000
2. Mitspracherecht für Jugendliche	Suche nach praktikablen Umsetzungsmöglichkeiten von Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche	Information und Förderung der Bewusstseinsbildung Jugendlicher für die Möglichkeiten zur Mitsprache	- Umfrage zum Thema in allen weiterführenden Schulen - Herausgabe von Flyern und Infoblättern zum Thema - Klagemauer zur Erfassung der Bedürfnisse beim Agenda-Fest - Erhebung der Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche
3. Lebensraum Innenstadt		Schaffung eines neuen Bewusstseins für die Innenstadt und Steigerung der Lebensqualität und Attraktivität für alle	- Broschüre „Aalen, die freie Schöne“- Postkartenserie „Aalener Originale“ (Acht bekannte Bürger/innen der Innenstadt werden vorgestellt) - Mitglied bei der neu gegründeten Vereinigung „Aalen-City-Aktiv: ACA - im Internet http://www.aalen.de/agenda21/projekte.htm

Projektgruppe	In der Konzeptionsphase	In der Umsetzungsphase	Bereits erreicht oder umgesetzt
4. Fußgängerfreundliches Aalen		<ul style="list-style-type: none"> - Interaktiver Stadtplan für Behinderte - Anregungsliste die auf Gefahren und Probleme der Fußgänger in Aalen hinweist 	<ul style="list-style-type: none"> - Untersuchung der Signalanlagen in Aalen - Erfassung der Schwächen des Fußwegenetzes in Aalen (Umfrage) - Video „Aalener Hindernislauf“ - die Agenda-Gruppe erhält als „Betroffene“ vom Stadtplanungsamt einen Vorabplan, indem sie Verbesserungsvorschläge einbringen können - Änderung der geplanten Hirschbachunterführung: statt einer Rampe werden nun zwei Rampen (an jeder Seite) als Zugänge angebracht - Zusage vom Oberbürgermeister bei künftigen Verkehrsplanungen auch die Fußgänger miteinzubeziehen - Schulung zweier Teilnehmer für die Datenerfassung nach normierten Vorgeben für den interaktiven Stadtplan (nach Grundlagen des EU-Projektes BARRIERINFO) - Erfassung der Behindertenparkplätze Aalen

Projektgruppe	In der Konzeptionsphase	In der Umsetzungsphase	Bereits erreicht oder umgesetzt
5. ÖPNV	<p>Steigerung des ÖPNV auf 15% des Verkehrsaufkommens</p> <hr/> <p>- Verkehrsführung im Hinblick auf Busbeschleunigung</p>		<p>- Erfassung der Ist-Aufnahme: Schwerpunkt zur Verbesserung: mehr oder bessere Öffentlichkeitsarbeit notwendig</p> <p>- mehre öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Thema ÖPNV (Befragungen, Presse, Markt, Schulen)</p> <p>-Einführung des Begrüßungspakets für Neubürger (vom Gemeinderat beschlossen) (Wird derzeit ausgearbeitet)</p> <p>- Bedarfsnachweis für Ruftaxi</p> <p>- Marketingmaßnahmen durch Busunternehmen</p>
6. Weststadt	<p>Wochenmarkt (eingebunden in Westumgehung, Nachbarschaftszentrum, Neubaugebiet Wehrleshalde)</p>	<p>-Klärung des Bedarfs nach einer Verlegung des bestimmten Markttages, Donnerstag auf Freitag</p>	<p>- Donnerstag Wochenmarkt in der Weststadt (vom Gemeinderat beschlossen)</p> <p>- eingebunden in die Planungen zur Westumgehung</p> <p>- eingebunden in der Interessengruppe zur Planung eines Nachbarschaftszentrums</p> <p>- eingebunden bei der Planung des Neubaugebietes „Wehrleshalde“</p> <p>- Herausgabe einer Weststadtchronik (auch im Internet)</p> <p>- im Internet: http://www.aalen.de/agenda21/projekte.htm</p>

Projektgruppe	In der Konzeptionsphase	In der Umsetzungsphase	Bereits erreicht oder umgesetzt
7. Attenhofen att*aktiv	Motto „leben + schaffen = 1“ im Projektgebiet Brühl in Attenhofen: Ringförmiger Infra-strukturkanal (Speicherung), Biogas-/Holzgas-Kraftwärmeverbund (Nestwärme), kommunales Element Heurekaurm, Talentschuppen, Wohn(t)räume Munterbunt		- Öffentlichkeitsarbeit zu den Themen bei Veranstaltungen in Attenhofen (Soll die Einbringung der Ideen ins Projektgebiet Brühl fördern)
8. Energietisch		Information und Beratung der Bürger/innen zum sparsamen Umgang mit Energien	- Infobroschüre „Wärmeinfo“ (an alle Haushalte in Aalen verteilt), - 50 Energiegespräche vor Ort, -Ausstellungen, - Beratung - Internet: http://www.aalen.de/agenda21/projekte.htm
9. Fledermausforschung und -schutz in Aalen und Umgebung	Forschungsvorhaben	Abschlussbericht mit Vorschlägen zur nachhaltigen Stadtentwicklung	Quartiersermittlung
10. Gläsernes Aalen	Schaffung von Zugriffsmöglichkeiten für alle Bürger/innen	Einträge in die Datenbank	Datenbank mit Unternehmen im Internet
11. Landschaftsentwicklung	Ökokonto für Flächen für die Stadt Aalen. Vorschläge zur Umsetzung der Stadtleitziele und des Landschaftsplanes.		Gründung eines Landschaftspflegeverbandes

Projektgruppe	In der Konzeptionsphase	In der Umsetzungsphase	Bereits erreicht oder umgesetzt
12. Vernetzung am Jugendarbeitsmarkt	Patenschaften		- Zusammenstellung aller Institutionen, die im Bereich Ausbildung für arbeitslose Jugendliche tätig sind. - Veranstaltungen mit Arbeitgebern, Jugendlichen und Schulen zur Ist-Erfassung und Vernetzung.
13. Kulturküche		Suche nach Räumen, Bündnispartnern, Geldern.	Konzept erstellt. Vereinsgründung im Herbst 2000. Programm kino: Start im Herbst in Zusammenarbeit mit dem Aalener Kino
14. Vernetzung von Vereinen, Organisationen und Interessengemeinschaften	Projekt „Gläsernes Aalen“ Internet-Angebot für Vereine ...		Homepage der Stadt: Vereinsliste: http://www.aalen.de

Beginnend mit der Veranstaltung „Armutskonferenz“ wurde in mehreren Veranstaltungen seit November 1999 „Armut“ in Aalen thematisiert. Es bildeten sich drei neue Projektgruppen, die am 19.05.2000 vom Agenda-Parlament in den Agenda-Prozess aufgenommen wurden.

Projektgruppen im Themenbereich „Armut“:

Projektgruppe	In der Konzeptionsphase	In der Umsetzungsphase	Bereits erreicht oder umgesetzt
15. Eigeninitiative der Bürger	Wohnprojekt: Wohnung mit Betreuung Obdachloser		
16. Institutionen	Armut in Schulen		
17. Sozialpolitik	Pauschalierung der Sozialhilfe, Tauschring entwickeln		

Im Verlauf des Agenda-Prozesses haben in Aalen fünf Projektgruppen ihre Arbeit beendet:

Projektgruppe	Ergebnis
18. BürgerInnenbeteiligung	Innerhalb der Projektgruppe gab es zwei verschiedene Herangehensweisen. Zum einen Änderung der Landesgesetze zur Änderung des kommunalen Abstimmungsrechts und Ausbau bzw. Verbesserung der Beteiligungsformen für Aalen. Die Gruppe konnte sich nicht für einen Ansatz entscheiden und sah sich schließlich überfordert beides parallel zu bearbeiten.
19. Die Würde des Menschen ist unantastbar	Nach Bildung der Projektgruppe, stellte sich beim zweiten Treffen heraus, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konträre Vorstellungen zum Inhalt und zur Organisation der Projektarbeit hatten, dass sie beschlossen nicht an dem Thema weiterzuarbeiten.
20. Familienfreundliche Kinderbetreuung	die Projektgruppe hatte zunächst zum Ziel die „Familiären Lebensbedingungen“, in Aalen zu verbessern. Bei der Projektarbeit kristallisierte sich als erstes Projekt die „Familienfreundliche Kinderbetreuung“ heraus. Die Gruppe erarbeitete zusammen mit einer Aalener Schule ein Konzept für die „Betreute Grundschule“. Da jedoch die Beteiligung der Eltern zu gering war um die Betreuung anbieten zu können, wurde die Einführung der „Betreuten Grundschule“ wieder abgesagt. Daraufhin beschlossen die Projektgruppenmitglieder die Arbeit nicht fortzuführen.
21. Jugendeinrichtungen	Die Beteiligung der Jugendlichen in den beiden Projektgruppen nahm stark ab.
22. Schulen	Um die Gründe herauszufinden lies sich das Agenda-Büro von dem Arbeitskreis Hauptamtlicher in der Jugendarbeit und einer Fachreferentin beraten. Als Fazit wurde festgestellt, dass die Jugendlichen eine angepasste und fachliche Betreuung brauchen, die jedoch vom Agenda-Büro nicht zu leisten war. Daraufhin wurde eine Honorarstelle geschaffen. Die beiden Gruppen Jugendeinrichtungen und Schulen ließen sich jedoch leider nicht wieder aufbauen. Aber seit der Unterstützung durch eine Fachkraft wurden die Projektgruppen Mitspracherecht und Jugendzeitung „NewsAttack“ gestärkt und arbeiten kontinuierlich an ihren Projekten.

Fortführung des Prozesses

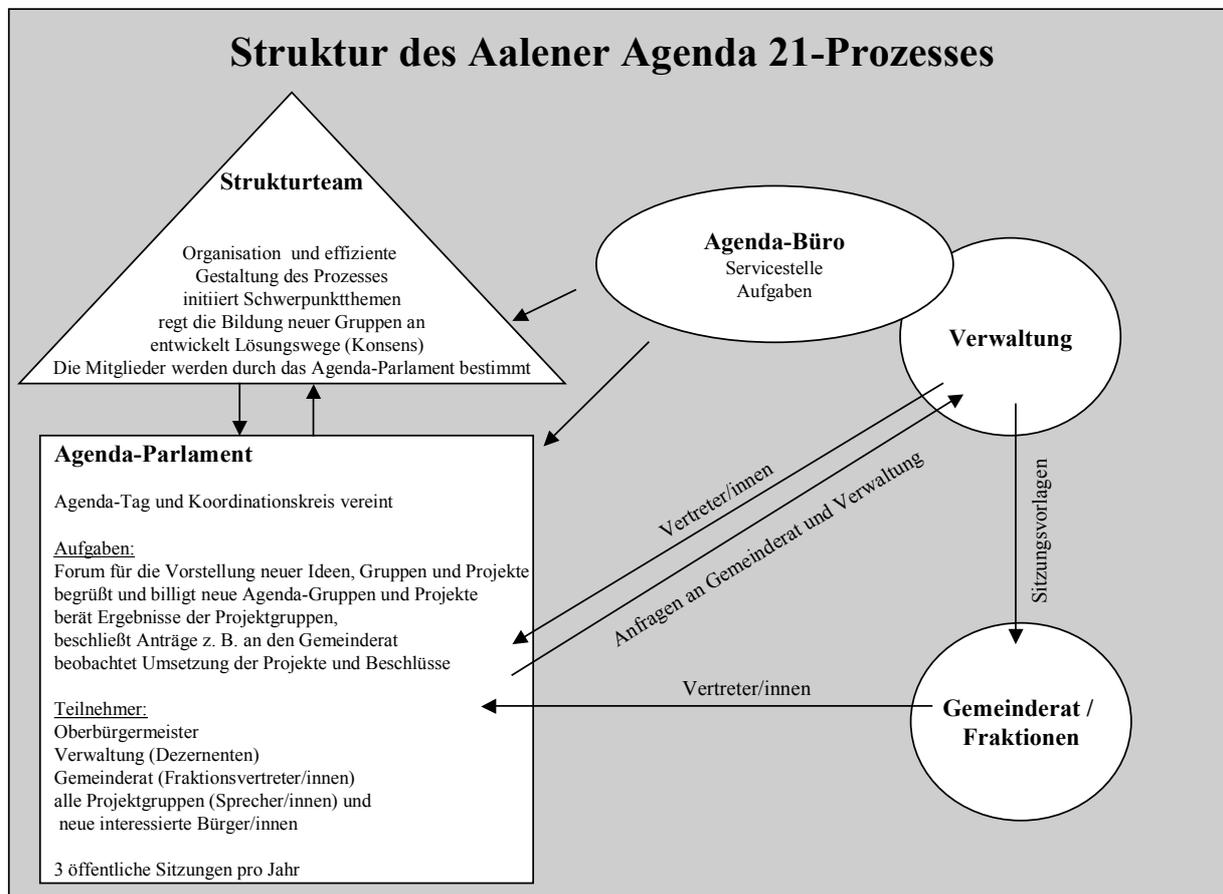
Die von IFOK und der Stadt Aalen entwickelte Struktur diente als Einstieg in den Agenda-Prozess. Im Verlauf des Prozesses setzten sich die Teilnehmer konstruktiv mit dem Konzept auseinander, um die Struktur an ihre eigenen Bedürfnisse und Vorstellungen anzupassen. Am 5. Agenda-Tag bildete sich ein Strukturteam, das sich von Oktober 1999 bis April 2000 mehrere Male getroffen hat, um die **Struktur** für das weitere Vorgehen zu erarbeiten.

Die neue Struktur des Aalener Agenda 21-Prozesses

Die wichtigsten Elemente sind dabei das **Agenda-Parlament**, die **Projektgruppen**, das **Strukturteam** und das **Agenda-Büro**.

Die Agenda-Tische und der Koordinationskreis entfallen als Bindeglied und Entscheidungsgremium. Ihre Aufgaben übernimmt das Agenda-Parlament. Planung, Veranstaltungsvorbereitung und Prozessbegleitung liegen beim Strukturteam in Zusammenarbeit mit dem Agenda-Büro. Das Forum für die Vernetzung von Projektgruppen, Bürgern, Politik und Verwaltung wird das Agenda-Parlament sein, zu dem die Stadt über das Agenda-Büro öffentlich einlädt. Das Agenda-Parlament ist somit oberstes Organ im Agenda-Prozess in Aalen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entscheiden über den weiteren Verlauf des Agenda-Prozesses. Die Projektgruppen werden weiterhin vom Agenda-Büro betreut. Sie sind Träger und Teil des Agenda-Prozesses und organisieren sich selbst. Der Weg von Anträgen in den Gemeinderat geht zukünftig über das Agenda-Parlament und das Agenda-Büro. Das Agenda-Büro verwaltet, koordiniert und informiert. Es ist Kontaktstelle zwischen Verwaltung und sonstigen Institutionen und fungiert als Ansprechpartner nach außen (Öffentlichkeitsarbeit). Die von IFOK geschulten Bürgermoderatorinnen und -moderatoren unterstützen das Agenda-Büro bei der Durchführung der Agenda-Veranstaltungen. Die Stadtverwaltung hat in dem Agenda-Prozess nicht die Aufgabe Projekte vorzugeben, aktiv zu gestalten (verwalten) oder teilzunehmen, sondern die einzelnen Fachleute stehen den Agenda-Aktiven optional auf Anfrage mit ihrem Wissen zur Seite.

Abbildung 3: Neue Struktur des Prozesses



Der Agenda-Prozess Aalen im Vergleich zu anderen Städten

In Baden-Württemberg führen derzeit rund zweihundert Kommunen einen Agenda-Prozess durch. Jede Kommune entwickelt dabei ein eigenes Vorgehen und eigene Schwerpunkte.

Kennzeichnend für den Agenda-Prozess in Aalen ist die gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Projektgruppen, die zu einer im Vergleich zu anderen Kommunen sehr schnellen Umsetzung von Projekten führte und daher auch vom Land als gelungen bezeichnet wird. Hervorzuheben ist dabei die Offenheit der Verwaltung für die Belange der engagierten Personen und ihre Kooperationsbereitschaft mit den Agenda-Gruppen. Im Vergleich zu anderen Kommunen ist der Agenda-Prozess nicht parteipolitischen Auseinandersetzungen oder Differenzen innerhalb der Verwaltung zum Opfer gefallen.

Aalen verfügt mit siebzehn Projektgruppen über außergewöhnlich viele kontinuierlich aktive und selbstständig arbeitende Agenda-Gruppen. Zu Beginn des Prozesses war ein wichtiges Element die „Hilfe zur Selbsthilfe“ bei den Gruppen. Die ausgegebenen Arbeitshilfen für die Projektgruppen (Projektleitfaden für Agenda-Arbeitsgruppen) werden vom Agenda-Büro des Landes (in der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg) als landesweit vorbildlich hervorgehoben und in den Informationen des Agenda-Büros „Arbeitsmaterialie 10“ (Broschüren und Internet) publiziert.

Bei der Einbeziehung der Jugend durch den **AT Jugend** und der Unterstützung der Jugendlichen durch eine Honorarstelle spielt Aalen landesweit ebenfalls eine führende Rolle. Aalen ist, auch nach Ansicht des Agenda-Büros des Landes, eine von wenigen Städten in Baden-Württemberg, die zum Thema Jugend ein im Agenda-Prozess entstandenes Projekt, die Jugendzeitung „NewsAttack“, vorweisen können.

Auch wenn die Zahl der aktiv an einem Agenda-Prozess beteiligten Personen kein Garant für das Gelingen des Prozesses ist, ist sie für viele ein Maßstab für einen erfolgreichen Prozess. In Aalen ist mit über einhundert Aktiven in den Projektgruppen und weiteren Akteuren in verschiedenen Gremien die Beteiligungszahl zufriedenstellend hoch. Viele andere Kommunen beklagen sich hingegen über Teilnehmerschwund und mangelndes Interesse seitens der Bevölkerung.

Neben den Erfolgen gibt es auch Defizite im Prozess, mit denen Aalen jedoch nicht alleine dasteht. Wie in den meisten anderen Kommunen auch, fanden in Aalen die Themen Wirtschaft und Dritte Welt bisher kaum Resonanz. Diese Themen haben bei den Teilnehmern offensichtlich keinen zentralen Stellenwert. Nur in Nordrhein-Westfalen beschäftigen sich relativ viele Kommunen mit Dritte-Welt-Themen (vergleiche zum Beispiel Osnabrück), da hier das Land diese Thematik fördert. In Baden-Württemberg gehen hier keine Aktivitäten vom Land aus, so dass interessierte Gruppen wenig Unterstützung finden.

Empfehlungen

Mit dem vorhandenen Fortführungskonzept ist Aalen auf einem guten Weg. Zur Erschließung weiterer Themen im Agenda-Prozess kann IFOK folgende Empfehlungen geben:

Einbeziehung Wirtschaft

Ein Agenda-Projekt, an dem die Wirtschaft Interesse zeigt, ist die Durchführung von Ökoaudits in Unternehmen. Erfolgreiche Projekte konnten in Ulm, Frankfurt, Karlsruhe oder München (hier zum Beispiel mit dem „Öko-Profit“) umgesetzt werden. Zur stärkeren Einbeziehung der Wirtschaft in den Agenda-Prozess plant das Land daher in Kürze ein Förderprogramm - „Konvoi-Projekt“ - aufzulegen, bei dem mehrere Unternehmen gemeinsam zum Ökoaudit geführt werden sollen (Informationen sind im Umweltministerium bei Herrn Frey erhältlich, Tel.: 07 11/1 26 26 64). Hier sollte die Stadt Aalen Zuschüsse beantragen, wenn sie Betriebe mit dem Ziel einer Verpflichtung in Richtung Umwelt-Zeichen oder Ökoaudit an einen Tisch holen möchte. Eine branchenspezifische Ansprache und Fachberatung sind dabei sinnvoll.

Einbeziehung von Institutionen, Vereinen und Verbänden in den Prozess

Um weitere Multiplikatoren einzubinden und damit einen größeren Bevölkerungskreis zu erreichen, sollten themenspezifische Ansprachen von Vereinen und Verbänden mit dem Ziel erfolgen, konkrete Themen in Aalen anzugehen. Einige Vereine (zum Beispiel der Landessportbund Hessen und der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e. V.) haben bereits Agenda-Broschüren für ihre Zielgruppen herausgebracht. Diese Beispiele könnten auch für Aalen interessant sein.

Auch die Kirchen und kirchliche Verbände machen sich stark für den Agenda-Prozess. So sind zum Beispiel das Kolpingwerk, der Katholische Frauenbund und die Katholische Landjugendbewegung der Diözese Würzburg und die Diözese selbst aktiv. Die 1999 erschienene Broschüre „Der Zukunft eine Heimat geben - Pfarrgemeinden im Agenda-21-Prozess“ von Prof. Markus Vogt könnte zum Anlass genommen werden, mit den Aalener Pfarrgemeinden Kontakt aufzunehmen und die Möglichkeiten gemeinsamer Agenda-Aktivitäten zu überdenken. Die Evangelische Kirche beschäftigt sich ebenfalls aktiv mit dem Thema Lokale Agenda 21 (siehe auch Broschüre des epd-Entwicklungspolitik, CAF/Agenda-Transfer und Zentrum für kommunale Entwicklungszusammenarbeit „Kommunen in der Einen Welt“) und sollte daher als Partner im Agenda-Prozess eingebunden werden.

Einbeziehung von Frauen in den Agenda-Prozess

In vielen Kommunen werden Frauen gezielt zur Beteiligung im Agenda-Prozess motiviert. Wichtig ist hierbei, dass Frauen ansprechende Foren unter Berücksichtigung ihrer Belange (Zeiten, Kinderbetreuung, Themen) angeboten werden. Vor allem Themen wie Kinderbetreuung und Beschäftigung, die zwar beide Geschlechter betreffen, aber immer noch zu Lasten der Frauen gehen, erfordern innovative und unkonventionelle Lösungen, die in einem Agenda-Prozess entwickelt werden können.

Nachhaltige Verwaltung

Der Agenda-Prozess spricht alle gesellschaftlichen Gruppen an. Auch die Verwaltung ist hier gefordert, ihr Handeln an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung zu orientieren. Für die Stadt Aalen

werden von einem Institut momentan Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet. Die verwaltungsinterne Umsetzung in Richtung kommunales Ökoaudit könnte ein Schwerpunkt für die kommenden Jahre sein. Auch hier wird das Land intensivere Unterstützung anbieten (Informationen beim Agenda-Büro des Landes). So plant das Land im Herbst eine Informationsveranstaltung für die Kommunen zum Thema „Indikatoren“.

Zur Evaluation der Entwicklung der Kommune in Richtung Nachhaltigkeit und zur jährlichen Berichterstattung, zum Beispiel vor dem Gemeinderat oder im Agenda-Parlament, wird die Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts empfohlen.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den Agenda-Prozess ist die Arbeit des Agenda-Büros. Dieses sollte mit seinem Serviceangebot als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Bürger und Projektgruppen sowie Politik erhalten bleiben.

Fazit

Die erste Phase des Agenda-Prozesses ist abgeschlossen, die Weichen sind gestellt. Eine gut überlegte Struktur für den Aalener Prozess wurde etabliert. Diese neue Struktur ist ebenfalls als Prozess zu sehen, da sie sich kontinuierlich anhand der mit ihr gemachten Erfahrungen weiterentwickeln kann. Ein neues Miteinander von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft konnte im Prozess bereits eingeübt werden. Der Prozess leistete mit seinen Projekten auch einen Beitrag zur Bildung von Sozialkapital, das für die Städte von zunehmender Bedeutung ist. Aalen hat damit in einigen Bereichen Vorbildcharakter für andere Kommunen. Eine Vernetzung mit anderen Kommunen sollte zudem als Chance für die Zukunft gesehen werden, kommunale Lerngemeinschaften zu bilden und gemeinsam die Ziele der Nachhaltigkeit zu verfolgen. IFOK wird die Entwicklung weiter mit Interesse verfolgen und bringt gerne auch in Zukunft seine Kompetenzen ein, um die Stadt auf ihrem Weg zur Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Information:

Ana Isabel Eichel, Thorsten Pinkepank
Institut für Organisationskommunikation (IFOK)
Berliner Ring 89, 64625 Bensheim
Telefon: 0 62 51/84 16-15 bzw. -10, Fax: -16
E-Mail: eichel@ifok.de, pinkepank@ifok.de
www.ifok.de

Andrea Treß, Rudolf Kaufmann
Agenda-Büro, Stadt Aalen
Marktplatz 30, 73430 Aalen
Telefon: 07361/52-1343 Fax -3339
E-Mail: agenda21@aalen.de
<http://www.aalen.de/agenda21>

Aalens Zukunft liegt in Bürgerhand

Gestern Abend hat das Agenda-Parlament getagt / Projektgruppen haben ihre Ideen formuliert

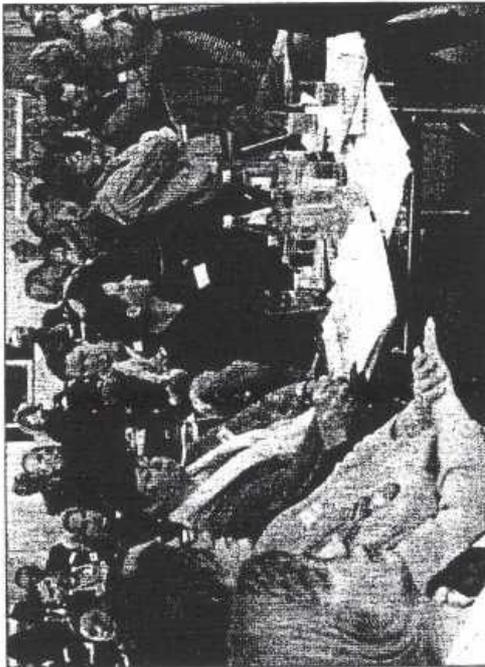
Die Lokale Agenda 21 wird in Aalen von Bürgerinnen und Bürgern getragen, die in 16 Projektgruppen Ideen für eine nachhaltige Entwicklung Aalens sammeln. Etliche Projekte wurden bereits umgesetzt, weitere sind in Planung.

VON ULRICH GESSLER

AALEN ■ Vor etwa drei Jahren wurde der Agenda-Prozess in Aalen bei einer Veranstaltung im Wirtschaftszentrum in Gang gesetzt. Und noch ist kein Ende dieses Prozesses abzusehen. Schon allein das spricht für die Qualität der Arbeit in den Projektgruppen. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger scheint ungebrochen. Das Agenda-Parlament, das gestern Abend im Torhaus tagte, lieferte einen bemerkenswerten Eindruck von der Kreativität der einzelnen Gruppen. Mit seiner Aussage, dass der Agenda-Prozess keine Einmaligkeit sein dürfe, bestätigte Oberbürgermeister Ulrich Pfeifle die Mitglieder der Projektgruppen in ihrem Bemühen, Aalen im Sinne dem Umweltkonferenz von Rio weiter zu entwickeln. Die Stadt unterstützt diese Entwicklung. Die 75-Prozent-Stelle im Agenda-Büro bleibt auf Beschluss des Gemeinderats für ein weiteres Jahr bestehen.

Musterprozess

Was in Aalen gerade abläuft, gilt landesweit als Musterprozess. Denn hier würden Bürger an den Projekten arbeiten und nicht die Verwaltung, betonte Rudi Kaufmann. Der Leiter des Grünflächen- und Umweltsamtes, das von



Gestern Abend tagte das Agenda-Parlament, dem neben Mitgliedern der Projektgruppen auch Vertreter von Gemeinderat und Verwaltung angehören. SchwäPo-Foto: opo)

städtischer Seite die Lokale Agenda betreut, lieferte einen Überblick über bereits laufende Projekte: Mit einer Auflage von 25 000 Stück wurde die Energiebroschüre an alle Haushalte in Aalen verteilt, für Zündstoff sorgte die Broschüre „Aalen die freie Schöne“ der Projektgruppe Lebensraum Innenstadt, die Lu- gendzeitung „News Attack“ ist vor wenigen Wochen in der dritten Auflage erschienen, ein Begrüßungspaket für Neubürger wurde auf Anregung der OPNV-Gruppe geschmürt, die Gruppe Weststadt hat sich für einen Wochenmarkt in der Vorstadt stark gemacht, ein Landwirtschaftsentwicklungs-Verband soll jetzt sogar kreisweit gegründet werden und

aus der Projektgruppe Kulturküche ist ein Verein hervorgegangen, der unter anderem, einem Programmkinos den Weg ebnete. Noch nicht auszeichnend in den Agenda-Prozess integriert seien die Schulen, räumte Kaufmann ein. Doch das soll sich ändern.

Was ist geplant? Ulrich Zumhasch von der Projektgruppe Vernetzte am Jugendbeismarkt berichtete vom Verkehrsballon „Patenschaft für Schulabgänger. Gesucht werden zwei Frauen und zwei Männern, die über einen Zeitraum von einem Jahr hinweg Schüler und Eltern auf dem Weg ins Berufsleben begleiten. Öko-Kontos für Flächen, ein kommunaler Naturhaushaltsplan und

ein Umweltindikatoren-System sollen auf Anregung der Projektgruppe Landschaftsentwicklung installiert werden. Das Projekt stellte Hauspeter Pfeiffer vor. 80 000 Mark würde die Kartierung der Flie- dermausaufkommen in Aalen kosten. Eine Menge Geld, weshalb zunächst abgewartet wird, ob es dafür Zuschüsse gibt. Die Projektgruppe Floedermisforschung, die laut Markus Schmid in Aalen 2300 Fle- dermäuse gezählt hat, bleibt an der Suche dran.

Ort der Integration

Die Kulturküche strich in Aalen eine Einrichtung an, in der sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion be- gegnen. Es soll, so Vereinsvorsitzender Dr. Helmut Roßweg, ein Ort sein, an dem Integration gelebt und Toleranz geübt wird. Als geeignetes Gebäude sieht der Verein das „Pfländer-Haus“. Die Idee sei faszinierend, sagte OB Pfeifle. Gab aber zu bedenken, dass man solch' ein Vorhaben auch aufgrund der Folgekosten erst näher beleuchten müsse. Das Thema Energie- beratung und Förderung von Vorhaben, die der Verbesserung des Wärmeschut- zes dienen, möchte die Projektgruppe Energietisch vorantreiben. Was getan werden sollte, erläuterte Willi Kruppai. Gabriele Springer und Dr. Hans Juraneck formulierten den Antrag der OPNV- Gruppe, wonach künftig jede verkehrs- relevante Baumaßnahme der Stadt da- hingehend überprüft werden soll, ob sie auch der Förderung des Busverkehrs dient. Denn der OPNV würde nur dann Kunden gewinnen, wenn er schnell ist. Von den Fraktionen fordert die Gruppe eine Aussage, ob sie noch zu dem Ziel stehen, dass der Anteil des OPNV am Verkehrsaufkommen in Aalen auf 15 Prozent hochgeschraubt werden soll.

Gerd Oelsner, Agenda-Büro der Landesanstalt für Umweltschutz

Von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigen Bürgerkommune

Konstitutiv für die Lokale Agenda 21 ist die gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung eines kommunalen Zukunftsprogrammes durch Gemeindeverwaltung, Gemeinderat und Bürger bzw. gesellschaftliche Gruppen. In der Regel werden hierzu in den Kommunen thematische und offene Bürgerforen bzw. Arbeitsgruppen eingerichtet, die relativ schnell an konkreten Projekten in diesen Gebieten arbeiten. Die bisherigen Erfahrungen der bereits länger im Prozess befindlichen Städte zeigen dabei zweierlei:

1. Die Rolle der kommunalen Verwaltung für die erfolgreiche Gestaltung einer Lokalen Agenda 21 ist wesentlich wichtiger und umfangreicher als dies bisher in der Diskussion zur Lokalen Agenda zum Ausdruck kommt, wo größtenteils die Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt steht.
2. Die Lokale Agenda 21 muss mit anderen Prozessen wie beispielsweise der Verwaltungsreform oder Stadtentwicklung verknüpft werden und zur Weiterführung eine Perspektive auf einem neuen Niveau erhalten.

In diesen Kontext bekommt eine vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) durchgeführte und vom Land Baden-Württemberg geförderte Studie „Nachhaltige Entwicklung und kommunale Verwaltungsmodernisierung“ (siehe Literatur im Anhang) eine wichtige Bedeutung. Die dort entwickelte Konzeption einer „Nachhaltigkeitskommune“ wird im folgenden aufgegriffen und Vorschläge zur weiteren Entwicklung dieses Konzepts unterbreitet. Dabei werden auch konkrete Schritte aufgezeigt, wie die jetzigen Lokalen-Agenda-Prozesse perspektivisch zum Ziel einer „Nachhaltigen Bürgerkommune“ weiter entwickelt werden können. Eingangs wird nochmals auf die zentrale Rolle der Verwaltung als wichtigster Akteur der gegenwärtigen Lokalen-Agenda-Prozesse eingegangen.

Die Verwaltung als zentraler Akteur der Lokalen Agenda 21

Die bisherigen Erfahrungen mit der Lokalen Agenda zeigen, dass nicht alleine der Grad der Bürgerbeteiligung, sondern das Zusammenwirken von Bürgerbeteiligung, Verwaltung und Gemeinderat ein entscheidendes Erfolgskriterium für den Prozess ist. Der von einer weltweiten Expertenkommission jüngst vorgelegte Bericht „Urban 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte“ unterstreicht dies. Mit dem Begriff „Good Governance“ beschreibt dies als vereinte Anstrengung durch Kommune, Zivilgesellschaft und des privatwirtschaftlichen Sektors, die die nachhaltige Entwicklung als gemeinsames zentrales Ziel umsetzen soll. Die Verwaltung bildet hierbei das entscheidende Bindeglied zwischen dem Engagement der Bürger in den Arbeitskreisen der Lokalen Agenda 21 und der Realisierung ihrer dort erarbeiteten Vorschläge durch die Politik und die Kommune.

Dabei zeigt sich, dass eine möglichst frühzeitige Unterstützung der Agenda-Arbeitsgruppen durch die Verwaltung sehr effektiv ist. Eine Mitarbeit der Verwaltung in diesen Arbeitsgruppen und der möglichst intensive Kontakt beispielsweise durch „Patenschaftsreferate“ der

Kommunalverwaltung oder Agenda-Beauftragte der jeweiligen Ämter ist sehr sinnvoll. Das Engagement der Bürger wird durch den Sachverstand der Verwaltung unterstützt, man baut gegenseitige Vorbehalte ab und macht die erarbeiteten Vorschläge umsetzungsreif. Ohne die frühe Kooperation zwischen Verwaltung und Bürgern werden die Probleme bei der Umsetzung nur zeitlich verlagert und größer.

Schon jetzt hat die Verwaltung mit der Einrichtung entsprechender Agenda-Büros meist die Geschäftsführung der Lokalen-Agenda-Prozesse inne. Über diese unterstützende Funktion des Bürgerengagements hinaus, sollte künftig die Verwaltung gezielt zwei Bereiche stärker in die Lokale Agenda 21 einbinden: Die Wirtschaft und den Bildungsbereich. Besonders im Bereich der Wirtschaft zeigen Erfahrungen, dass eine direkte Ansprache durch die Kommune und die Kooperation durch konkrete Projekte die beste Möglichkeit bildet, diese wichtige Gruppe in den Agenda-Prozess einzubinden. Beim Bildungsbereich sollte die Kommune im Rahmen ihrer Verantwortung, beispielsweise bei Schulen und Volkshochschulen dafür Sorge tragen, dass das Thema Nachhaltigkeit in den normalen Unterricht integriert wird.

Dabei sollte sich die Verwaltung insgesamt noch stärker als eigener Akteur in die Lokale Agenda 21 einbringen als dies bisher der Fall ist. Mit ihren vielen Liegenschaften bildet die Verwaltung einen wichtigen Adressaten zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung. In ihrem eigenen Verantwortungsbereich müssen entsprechende Initiativen zur Ressourcenschonung und –Einsparung ergriffen werden. Als besonders effektives Instrument haben sich dabei Öko-Audit und Energiemanagement-Konzepte erwiesen. Darüber hinaus nimmt die Verwaltung natürlich eine wichtige Vorbildfunktion für die gesamte Kommune wahr:

1. Wenn sie glaubhaft eine nachhaltige Entwicklung umsetzt, werden auch die Bürger zu entsprechenden Aktivitäten bereit sein. Dabei sollte die Verwaltung insgesamt durch eine Agenda-Arbeitsgruppe mit allen beteiligten Stellen in den Prozess eingebunden werden.
2. Darüber hinaus sollten alle Vorschläge und Maßnahmen eine Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen werden.

Zu diesen beiden Punkten wird im weiteren bei den Schritten zur Realisierung der Nachhaltigkeitskommune noch genauer eingegangen.

Verknüpfung mit anderen Prozessen

Auch in Baden-Württemberg hat die Lokale Agenda nicht bei Null begonnen. Viele Kommunen haben schon Stadtentwicklungskonzepte und Stadtmarketing-Prozesse mit ähnlicher Stoßrichtung durchgeführt. Vom Land Baden-Württemberg wird bürgerschaftliches Engagement seit zehn Jahren durch eine entsprechende Geschäftsstelle im Sozialministerium gefördert. Mit der Ausweitung des Öko-Audits über den betrieblichen Bereich hinaus machen immer mehr Kommunen von diesem Instrument Gebrauch. Darüber hinaus läuft in vielen Verwaltungen unter dem Stichwort „Neues Steuerungsmodell“ ein entsprechender Reformprozess.

Zwischen diesen Ansätzen gibt es viele Schnittpunkte und Gemeinsamkeiten, die genützt werden müssen. Mit der IAW-Studie „Nachhaltige Entwicklung und kommunale Verwaltungsmodernisierung“ wurde besonders aufgezeigt, wie eine reformierte Verwaltung Elemente des Öko-Audits integrieren kann. In anderen Bereichen besteht noch weiterer Klärungsbedarf.

Da das untersuchte Beispiel Horb am Neckar beispielsweise noch über keine Erfahrungen zur Lokalen Agenda verfügt, müssen die Ausführungen der Studie hierzu relativ abstrakt bleiben. Notwendig ist, entsprechende Erfahrungen anderen Kommunen aufzubereiten, die in den genannten Prozessen bereits verschieden weit fortgeschritten sind und besonders im Bereich der Lokalen Agenda über entsprechende Erfahrungen verfügen. Dabei müssen noch genauer Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser verschiedenen Prozesse untersucht und abgeglichen werden, wobei eine Verknüpfung und Integration in vielen Kommunen schon begonnen hat.

Stichwortartig seien hier einige Schnittmengen bzw. Unterschiede der Lokalen Agenda zu den genannten Ansätzen genannt:

- Das Kommunale Öko-Audit bildet einerseits einen wichtigen Baustein, mit dem die Kommune in ihrem eigenen Verantwortungsbereich eine nachhaltige Entwicklung umsetzt. Ferner ist das Öko-Audit eine gute Möglichkeit, durch entsprechende „Konvoi-Projekte“ die Wirtschaft in den Agenda-Prozess und eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie einzubinden. Inzwischen werden solche Initiativen vom Land Baden-Württemberg finanziell gefördert. Wird darüber hinaus das Öko-Audit über den engen Verwaltungsbereich auf die gesamte Kommune ausgedehnt, bestehen zwischen diesem Umweltprogramm und den Schwerpunkten der Lokalen Agenda große Schnittmengen.
- Das bürgerschaftliche Engagement bildet einen wesentlichen Stützpfeiler der Lokalen Agenda 21, die jedoch, mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, der Einbindung weiterer gesellschaftlicher Gruppen und Bereiche, wie beispielsweise des Bildungsbereichs, noch darüber hinaus geht.
- Mit dem neuen Steuerungsmodell werden neue, ämterübergreifende bzw. bürgerfreundliche Strukturen innerhalb der Verwaltung geschaffen, die dem Anliegen der Lokalen Agenda entgegenkommen.
- Stadtentwicklungspläne oder umfassende Stadtmarketingkonzepte weisen mit der Lokalen Agenda viele Gemeinsamkeiten auf und besonders im Bereich der Stadtentwicklung müssen die Möglichkeiten aufgezeigt werden, die bisherige Agenda-Aktivitäten mit dem bereits bestehenden Planungsinstrumentarium zu verknüpfen.

Das vom IAW vorgeschlagene Konzept der „Nachhaltigkeitskommune“ bietet hierfür erste wichtige Ansatzpunkte, die noch weiter ausgearbeitet und ergänzt werden müssen. Hinsichtlich der Begrifflichkeit sollte dabei überlegt werden, ob der Begriff „Nachhaltige Bürgerkommune“ nicht besser geeignet ist, diese Integration der verschiedenen Ansätze auch im Namen umfassender zu erfassen und darzustellen.

Wichtig dabei ist auch, dass mit dieser Integration der verschiedenen Ansätze und mit der tragenden Rolle der Verwaltung den Kommunen eine Perspektive aufgezeigt werden kann, wie die jetzt angelaufenen Lokalen-Agenda-Prozesse perspektivisch weiter entwickelt werden können. Da eine dauerhafte Bürgerbeteiligung auf gleichem, hohem Niveau nicht möglich ist, muss die Lokale Agenda 21 durch Schaffung dauerhafter Strukturen stabilisiert werden. Hierbei bildet die Verwaltung die konstante Größe, die sie zum „Stabilisator“ für die Weiterentwicklung der Lokalen-Agenda-Prozesse hin zu einer Nachhaltigkeitskommune bzw. nachhaltigen Bürgerkommune macht.

Im folgenden werden hierfür elft konkrete Schritte aufgezeigt, die bereits größtenteils in der Praxis angedacht, begonnen oder schon umgesetzt worden sind. Dabei betreffen die Schritte 1

– 5 mehr die institutionalisierte Bürgerbeteiligung und „Bürgerkommune“ sowie ihre Rahmensezung durch die Verwaltung. Die Schritte 6 – 11 beziehen sich auf die (reformierte) Verwaltung als Träger der Nachhaltigkeit. Um diese gesamte Spannweite abzudecken, wird als umfassender Begriff von der „Nachhaltigen Bürgerkommune“ gesprochen.

Die Schritte verstehen sich dabei nicht als zeitliche Abfolge und richten sich vorwiegend an Städte, wobei sie aber auch größtenteils von kleineren Gemeinden oder Landkreisen – evtl. in Kooperation – umsetzbar sind.

Elf Schritte zur Realisierung der „Nachhaltigen Bürgerkommune“

1. Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung schaffen

Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wurden in den meisten Kommunen entsprechende Anlaufstellen in der Verwaltung eingerichtet. Diese Stellen sollten als dauerhafte Einrichtung zur Förderung bürgerschaftlichen und gesellschaftlichen Engagements werden, womit entsprechende Aktivitäten aufgegriffen und unterstützt werden sowie eine Schnittstelle zur Verwaltung geschaffen wird. Die Stadt Esslingen hat hierzu ein zentrales „Aktivbüro“ eröffnet, das als Vermittlungs- und Service-Stelle ein elementares Bindeglied zu den Esslinger Agenda-Gruppen und zum Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements in Esslingen bildet.

2. Kommunale Bürgertreffs einrichten

Die Kommunen sollten gemeinsam mit Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen einen zentralen Treffpunkt schaffen, der die Anlaufstelle für Aktivitäten von Bürgern und Gruppen in der Stadt ist. In Freiburg haben Initiativen, engagierte Bürger, die Lokale Agenda und die Stadt, unterstützt von Spenden und Sponsoren einen solchen gemeinsamen Treffpunkt eingerichtet. Hier sind neben den Büros der Agenda 21 und der freien Arbeitsgemeinschaft für bürgerschaftliches Engagement (FARBE) viele weitere Informationen, Kontaktmöglichkeiten und Angebote zu allen Bereichen des Engagements in Freiburg erhältlich. In Großstädten könnte dies auch auf Stadtteil-Ebene entsprechend erfolgen, da sich inzwischen dort die Lokale Agenda mit wachsendem Erfolg zunehmend auf Stadtteil-Initiativen konzentriert.

3. Formen der Beteiligung ermöglichen

Eine dauerhafte und konstante Bürgerbeteiligung zu allen wichtigen kommunalen Themen aufrecht zu erhalten, ist nicht möglich. Dennoch sollte allen interessierten Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben werden, falls dies von diesen und der Kommune gewünscht wird.

Hierzu bieten sich verschiedene Möglichkeiten an, die auch kombinierbar sind:

- Die Institutionalisierung der Lokalen Agenda in einer modifizierten, dauerhaften Form. Die Stadt Aalen hat hierbei mit einem „Agenda-Parlament“ eine Form geschaffen, die weiterhin die für die Lokale Agenda so wichtige Kooperation von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgern gewährleistet. Am Agenda-Parlament, das drei mal jährlich öffentlich tagt, nehmen der Oberbürgermeister, die Verwaltung(Dezernenten), Vertreter der Gemeinderatsfraktionen und alle Projektgruppen (besonders deren Sprecher/innen) sowie neue interessierte Bürger/innen teil. Das Agenda-Parlament ist Forum für die Vorstellung von neuen Projekten, begrüßt und billigt neue Agenda-Gruppen und Projekte, berät Ergebnisse der Projektgruppen, beschließt Anträge beispielsweise an den Gemeinderat und beobachtet die Umsetzung der Projekte und Beschlüsse. Es löst die bisherigen Agenda-Tische (Arbeitskreise) und den Koordinationskreis ab, die es in dieser Form auch in vielen anderen Kommunen gibt. Die ihre Arbeit fortsetzenden bzw. neuen Projektgruppen werden weiterhin vom Agenda-Büro betreut. Das Agenda-Parlament als oberstes Organ des Agenda-Prozesses in Aalen bestimmt ein Strukturteam, das in Zusammenarbeit mit dem Agenda-Büro den Lokalen Agenda-Prozess plant und organisiert.
- Angebote für die Bürger, die größtenteils situativ und zeitlich begrenzt sind. Dazu können beispielsweise Zukunftswerkstätten zur Stadtteilgestaltung wie in Konstanz, Planungszellen und Bürgergutachten zu aktuellen Themen wie zur Straßengestaltung in Bad Dürkheim oder zum Abfallkonzept in Karlsruhe oder zeitlich begrenzte Projektgruppen zu wichtigen Themen wie die Agenda-Clubs des BUND Ravensburg durchgeführt werden. Andererseits sollten ständige Einrichtungen für Beteiligungsformen sorgen, wie dies beispielsweise Bürgerbüros als Vermittlungszentralen für freiwillige Dienste (z.B. das erwähnte Aktivbüro in Esslingen, r die Stadt Tübingen oder der Landkreis Reutlingen) tun.
- Über die Bürger hinaus sollten gesellschaftliche Gruppen bzw. wichtige Bereiche in institutionalisierter Form von der Kommune beteiligt und gebündelt werden. Hierzu gibt es in Form von Beiräten oder ähnlichen Einrichtungen bereits viele Beispiele. Die Stadt Schramberg hat hierzu seit Jahren beispielsweise mit der Wirtschaft einen entsprechenden Arbeitskreis eingerichtet, mit einem „Eine-Welt-Forum“ die dortigen zahlreichen Initiativen gebündelt oder bietet über entsprechende Beiräte den Jugendlichen, Frauen oder Ausländern Formen zur Mitwirkung an.

4. Kommunalen Nachhaltigkeitsrat schaffen

Die jetzt bereits in vielen Kommunen eingerichteten Agenda-Lenkungskreise, Agenda-Foren oder Agenda-Beiräte sollten in Form von Nachhaltigkeitsräten oder Zukunftsräten zur ständigen Einrichtung in Kommunen weiter entwickelt werden. Im Zukunftsrat sollten die wichtigen gesellschaftlichen und politischen Akteure der Kommune vertreten sein, um gemeinsam das Ziel der „Nachhaltigen Bürgerkommune“ voranzubringen. Solche Nachhaltigkeits- bzw. Zukunftsräte bieten ein institutionalisiertes Bindeglied zwischen Kommune und Zivilgesellschaft und können den Prozess zur Nachhaltigen Bürgerkommune durch Unterstützung entsprechender Aktivitäten wie Nachhaltigkeitsberichte oder eine finanzielle Förderung unterstützen, auf die im folgenden näher eingegangen wird.

5. Nachhaltige Aktivitäten fördern

Entsprechende Aktivitäten von Bürgern, Gruppen und Kommune kosten natürlich auch Geld. In der Kommune müssen deshalb finanzielle Ressourcen zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements für eine nachhaltige Entwicklung dauerhaft bereit gestellt werden. Da natürlich nicht alle Initiativen und entwickelten Projekte gefördert werden können, könnte dies im Rahmen eines Wettbewerbs beispielsweise durch einen jährlichen „Agenda-Preis“ erfolgen. Entsprechende Vorschläge können im Rahmen eines Wettbewerbs vom Zukunftsrat ausgewählt und dann entsprechend ausgezeichnet werden. Da in vielen Kommunen „Umweltpreise“ verliehen oder entsprechende Wettbewerbe durchgeführt werden, können diese wie im Landkreis Reutlingen auf die Lokale Agenda ausgeweitet werden. Die finanzielle Basis sollte möglichst über den kommunalen Haushalt hinaus durch eine Bürgerstiftung wie in München oder einen gemeinsamen Fonds von Kommune, Sponsoren und Spendern, z.B. Wirtschaft und Sparkassen, geschaffen werden.

6. Kommunale Öko-Audit durchführen

In der Agenda 21 wird sowohl für Kommunen als auch in der Privatwirtschaft die zentrale Rolle der Einführung von Umweltmanagementsystemen betont und diese als „Schlüssel-determinante nachhaltige Entwicklung“ umrissen. Dementsprechend sollten Öko-Audits in kommunalen Liegenschaften durchgeführt werden, um dort Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung im direkten Verantwortungsbereich zu praktizieren. Ferner können sie wie das Beispiel Uhdlingen-Mühlhofen für das Thema Tourismus zeigt, in wichtigen Bereichen auf die gesamte Gemeinde ausgedehnt werden. Bewährt haben sich dabei auch gemeinsame Konvoi-Projekte, die beispielsweise in der Zukunftsregion Bodensee-Oberschwaben oder im Landkreis Tübingen, wo Landkreise und Kommunen gemeinsam das Öko-Audit durchführen.

7. Verwaltungs-Agenda schaffen

Die Verwaltung muss insgesamt bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in der Kommune beteiligt werden. Eine übergreifende Agenda bzw. Nachhaltigkeits-Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung sollte alle Ämter bzw. Stellen in die Diskussion und Umsetzung einbinden und die ämterübergreifenden Strukturen schaffen, die für das Querschnittsthema Nachhaltigkeit notwendig sind. Alle Verwaltungsangehörigen sollten durch entsprechende Bildungsangebote und Informationen regelmäßig informiert und eingebunden werden. Wie andere Städte auch hat beispielsweise die Stadt Baden-Baden parallel zu den Bürgerforen eine eigene Agenda-Arbeitsgruppe mit allen Ämtern der Stadtverwaltung eingerichtet, die entsprechende Vorschläge für die Verwaltung ausgearbeitet haben. Wichtig ist, dass in der Verwaltung damit die Voraussetzungen geschaffen werden, alle kommunalen Entscheidungen auf ihre Nachhaltigkeit zu überprüfen und Nachhaltigkeit zur Richtschnur des kommunalen Handelns in allen Bereichen zu machen, wozu entsprechende Prüfungen durchgeführt werden sollten.

8. Nachhaltigkeitsprüfungen durchführen

Eine kleine Gemeinde mit 6.000 Einwohnern hat es vorgemacht: Pleidelsheim im Landkreis Ludwigsburg hat im Rückgriff auf Vorschläge aus anderen Kommunen einen „Nachhaltigkeitscheck“ entwickelt. Mit dieser einfach zu handhabenden Checkliste werden Vorhaben und Gemeinderatsvorlagen durch die Verwaltung auf ihre Nachhaltigkeit überprüft. Schwerpunkte bilden Zukunftsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit (einschl. Bürgerbeteiligung), ökonomische Nachhaltigkeit und ökologische Tragfähigkeit. Ziel ist, einen raschen Überblick über die Nachhaltigkeit der geplanten Maßnahmen zu geben und daraus entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Pleidelsheim zeigt, dass dies ohne großen Aufwand möglich ist.

9. Indikatoren und Nachhaltigkeitsberichte einführen

Die Agenda 21 schlägt zur Überprüfung der Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit die Einführung von „Indikatoren“ vor, die in Form von Kennzahlen und Kennziffern Fortschritte bzw. Probleme übersichtlich und anschaulich vermitteln können. In einem umfangreichen Pilotprojekt haben vier Bundesländer hierzu ein Indikatorensystem in 12 Kommunen und 4 Landkreisen erprobt. Hierbei wurden für die vier Teilbereiche Soziales, Ökologie, Ökonomie und Partizipation jeweils 6 Teilziele einer nachhaltigen Entwicklung benannt, deren Entwicklung anhand von Indikatoren überprüft werden kann. Erfolgreich erprobt wurde dies in Baden-Württemberg in Karlsruhe, Waiblingen, Boll und dem Landkreis Lörrach. Es bietet sich an, diese Ergebnisse und die Aktivitäten der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung in regelmäßigen „Nachhaltigkeitsberichten“ zu veröffentlichen, wie dies beispielsweise in Hamburg oder in Vaterstetten geschehen ist.

10. Stadtentwicklung nachhaltig gestalten

Um wirklich dauerhaft und nachhaltig zu sein, müssen die Impulse der Lokalen Agenda 21 in die entsprechenden Planungen der Kommune eingehen. Auch hier hat die Verwaltung eine entscheidende Brückenfunktion, um das gesellschaftliche Engagement in der Kommune mit dem umfassenden Instrumentarium der Stadtentwicklung zu verknüpfen und das Planungsinstrumentarium nachhaltig auszurichten. Kommunen wie Heidelberg, Ravensburg oder Rotenburg haben ihr Stadtentwicklungskonzept mit der Lokalen Agenda 21 eng verknüpft. Auch bei umfassend angelegten Stadtmarketingkonzepten bietet sich diese Verbindung an, wie die Beispiele Öhringen und Lörrach zeigen. Für die Weiterentwicklung der Lokalen Agenda zur nachhaltigen Bürger-Kommune wird es entscheidend darauf ankommen, das gesamte Planinstrumentarium nachhaltig auszurichten und die gesamte Stadtentwicklungsplanung als übergeordneten Rahmen kommunaler Politik nachhaltig zu gestalten. In einem bundesweiten Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes wird momentan die spezifische Rolle der Lokalen Agenda 21 im Wirkungsgefüge kommunaler Planungs- und Steuerungsinstrumente untersucht.

11. Nachhaltige Bildung verankern

Für eine nachhaltige Entwicklung ist ein umfassender Bewusstseinswandel erforderlich, was eine entsprechende Aufklärungs- und Bildungsarbeit erfordert. Die Kommune sollte hierzu in den verschiedenen Bildungseinrichtungen durch ständige Angebote eine nachhaltige Bildung als dauerhafte Pflichtaufgabe einrichten: Dies beginnt bei den Kindergärten und setzt sich über die Schulen bis zu den Volkshochschulen fort. Besonders Kinder und Schüler sind bei entsprechenden Vorhaben und Projekten mit viel Begeisterung dabei. Während die Einbindung der Jugend in die Lokale Agenda 21 nach wie vor schwierig ist, zeigen viele schulische Beispiele vom Theaterstück über Klimaschutzaktionen bis hin zu einem umfassenden Öko-Audit unter Schülerbeteiligung, was hierzu an Möglichkeiten vorhanden ist. Darüber hinaus sollten die Kommunen im Bereich Bildung eine wichtige Scharnierfunktion wahrnehmen: Die Aktivitäten engagierter Laien in der Kommune sollten durch den Transfer von Expertenwissen entsprechend unterstützt werden. Besonders an den Fachhochschulen gibt es – wie das Beispiel der FH Nürtingen zeigt – ein engagiertes Potential an Studenten und Dozenten, die gemeinsam mit interessierten Kommunen nachhaltige Entwicklung vor Ort zum beiderseitigen Nutzen voranbringen.

Die zu diesen elf Schritten gezeigten Beispiele zeigen, dass für das Ziel einer „nachhaltigen Bürgerkommune“ bereits viele Ansätze vorhanden sind, die weiter entwickelt, nachgemacht und verdichtet werden müssen. Durch diese gemeinsamen Aktivitäten von Kommunen und gesellschaftlichem Engagement kann das nötige Bewusstsein geschaffen werden, das jeden zum aktiven Träger dieser „Nachhaltigen Bürgerkommune“ macht, wie es bereits klassisch umschrieben worden ist:

„Ein jeder kehre vor seiner Tür, und rein ist jedes Stadtquartier.

Ein Jeder übe seine Lektion, so wird es gut im Rate stohn.“

(Johann, Wolfgang von Goethe, Bürgerpflicht, 6. März 1832).

Verwendete Literatur (Auswahl)

- Agenda 21, herausgegeben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, von
- Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg: Aktionsbörse, 215 beispielhafte Projekte für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort, Karlsruhe
- Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg: Arbeitsmaterialie 1 – Übertragung des Öko-Audits auf Kommunen und Verwaltungen, Karlsruhe
- Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg: Arbeitsmaterialie 5 – Ökologische Stadtentwicklung Ravensburg, Karlsruhe

- Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg, Arbeitsmaterialie 14 – Ökoaudit für Tourismusgemeinden, Das Beispiel Uhldingen-Mühlhofen, Karlsruhe
- Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg: Arbeitsmaterialie 15 – Einbindung der Wirtschaft in die Lokale Agenda 21
- Agenda-Büro der LfU Baden-Württemberg: Lokale Agenda 21 – ein Leitfaden, Karlsruhe
- Anton, Jürgen: Lokale Agenda 21 – Chance für eine nachhaltige Kommunalentwicklung? Eine vergleichende Analyse der Fallbeispiele Köpenik, München und Aschaffenburg, Bonn 2000
- Arbeitsgemeinschaft zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg: Wege zur Bürgergesellschaft, Freiburg-Stuttgart 1999
- Decken, Oliver/Stipoweit, Adelheit (Hg.): Lokale Agenda 21, Landau 2000
- de Haan Gerhard u.a.: Bürgerbeteiligung in Lokale-Agenda-21-Initiativen, Opladen 2000
- Forum für Stadtentwicklung und Kommunalpraxis B.V.: Lokale Agenda 21 – Im Spannungsfeld kommunaler und privater Aktivitäten, Stuttgart 2000
- Hall, Peter/Pfeifer, Ulrich: Urban 21 – Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte, Stuttgart und München 2000
- Heinelt, Hubert/Mühlich, Eberhard (Hg.): Lokale „Agenda 21“-Prozesse, Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse, Opladen 2000
- Hermann, Winfried u.a. (Hg.): Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit, Stuttgart 2000
- Institut für angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen: Nachhaltige Entwicklung und kommunale Verwaltungsmodernisierung, Tübingen 2000
- Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg: Umweltmanagement für Kommunale Verwaltungen, Karlsruhe
- Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg u.a. (Hg.): Leitfaden – Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21, ohne Ort, 2000